

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einleitung.....	1
1. Teil: Gewalt und Recht	3
A. Allgemeine Definitionen.....	3
I. Etymologie	3
II. Sozialwissenschaften	4
1. Strukturelle Gewalt	4
2. Personale Gewalt und ihre Formen.....	5
a) Typologie personaler Gewalt nach Galtung	5
b) Kontextbezogenheit und Subjektorientiertheit des Gewaltbegriffs	6
c) Zwischenergebnis.....	8
B. Rechtswissenschaftliche Definitionen.....	8
I. Strafrecht: Diskussion zu §§ 177, 240 StGB.....	8
II. Zivilrecht: „Elterliche Gewalt“ und Gewaltschutz.....	10
III. Öffentliches Recht	11
1. Staatsrecht	11
2. Allgemeines Verwaltungsrecht (Besonderes Gewaltverhältnis)	12
3. Polizeirecht	12
a) Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwGBln).....	13
b) Beziege des Polizeirechts i. e. S. zum Gewaltbegriff: Gefahrenabwehr als Staatsaufgabe, Schutzgüter und private Rechte.....	13
IV. Zusammenfassung.....	15
2. Teil: Häusliche Gewalt.....	17
A. (Rechts-) Geschichtliche Aspekte.....	17
I. Römisches Recht (Die Hausgewalt des pater familias)	18
II. Moderne Staatstheorien (Gesellschaftsvertrag).....	19
III. Züchtigungsrechte des Ehemannes und elterliches Züchtigungsrecht.....	22
IV. Entwicklungen und Initiativen auf internationaler wie nationaler Ebene	23
1. Internationale Konventionen und Standards	23
a) CEDAW-Ausschuss der Vereinten Nationen	23

b)	Europarat, insbesondere Istanbuler Konvention	24
2.	„Modell Österreich“	25
3.	Maßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt auf nationaler Ebene	26
4.	Zusammenfassung.....	28
B.	Kriminologische und sozialwissenschaftliche Aspekte häuslicher Gewalt.....	29
I.	Begriffliche Erfassung des Phänomens durch Polizei und Justiz sowie Datenerhebung	29
II.	Sozialwissenschaftliche Definitionsansätze häuslicher Gewalt.....	32
1.	Sozialer Kontext / Soziale Nähe	32
2.	Erscheinungsformen häuslicher Gewalt	33
III.	Sozialwissenschaftliche Erklärungsmodelle häuslicher Gewalt.....	34
IV.	Häusliche Gewalt als „Männergewalt“?.....	35
C.	Kriterien für eine rechtswissenschaftliche Definition.....	37
I.	Häusliche Gewalt als Rechtsbegriff.....	37
II.	Definition, Definierbarkeit und Nützlichkeit einer Definition.....	37
1.	Definition(en).....	37
2.	Definierbarkeit	40
3.	Nützlichkeit einer Definition.....	41
4.	Zusammenfassung.....	44
III.	Zivilrechtlicher Gewaltschutz und die „Tatbestandsmerkmale“ häuslicher Gewalt	44
1.	Rechtsgrundlagen des zivilrechtlichen Schutzes vor häuslicher Gewalt.....	44
2.	§ 1 GewSchG i.V.m. §§ 823 Abs. 1, 1004 Abs. 1 BGB analog.....	45
3.	§ 2 GewSchG	47
4.	Zusammenschau für den Bereich zivilrechtlichen Gewaltschutzes	49
IV.	Polizeirecht und „Tatbestandsmerkmale“ häuslicher Gewalt	50
1.	Überblick.....	51
2.	Tatbestandsmerkmale von Wohnungsverweis und Rückkehrverbot.....	52
3.	Vergleich der einschlägigen zivil- und polizeirechtlichen Vorschriften	53
V.	Definitionsmerkmale der juristischen Literatur.....	54
1.	Sozialer Nahraum / Häuslichkeit	55
2.	Erscheinungsformen häuslicher Gewalt	56
VI.	Europaratkonvention von Istanbul („Istanbuler Konvention“).....	59
VII.	Zusammenfassung und eigener Ansatz	60

3.	Teil: Polizeirechtlicher Schutz vor häuslicher Gewalt.....	63
A.	Die Polizeigesetze der Länder	63
I.	Überblick.....	63
II.	Verweisungsmaßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt.....	64
1.	Insbesondere Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot	64
2.	Fragestellungen, die sich aus den unterschiedlichen gesetzlichen Ausgangslagen in den einzelnen Ländern ergeben	64
III.	Qualifizierung und Abgrenzung der Verweisungsmaßnahmen untereinander – Zum Verhältnis von Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot sowie Umfeldverweis zu Platzverweis und Aufenthaltsverbot	65
1.	Der (klassische) Platzverweis	66
2.	Das Aufenthaltsverbot.....	68
3.	Die Wohnungsverweisung und das Rückkehrverbot.....	69
4.	Der „erweiterte“ Umfeldverweis.....	70
5.	Streitstand zur Abgrenzung der Verweisungsmaßnahmen untereinander	71
a)	Allgemeines zur Abgrenzung von Standardmaßnahmen untereinander und zur polizeilichen Generalklausel – Zur Erheblichkeit von Tatbestand und Rechtsfolge einer Eingriffsnorm	72
aa)	Tatbestand als Bezugspunkt der Charakterisierung einer Maßnahme.....	73
bb)	Aspekte der Normenkonkurrenzlehre im Einzelnen.....	74
cc)	Zur Bedeutung der Eingriffsintensität in grundrechtlich geschützte Rechtspositionen	76
b)	Die Wohnungsverweisung (als spezieller Platzverweis).....	77
c)	Der Umfeldverweis (als spezieller Platzverweis).....	80
d)	Ergebnis.....	80
IV.	Mögliche Rechtsgrundlagen für eine Wohnungsverweisung	80
1.	Generalklausel als mögliche Rechtsgrundlage für eine Wohnungsverweisung	81
2.	Platzverweis als mögliche Rechtsgrundlage für eine Wohnungsverweisung	81
V.	Grundrechtsbeeinträchtigungen durch eine Wohnungsverweisung	82
1.	Art. 14 Abs. 1 GG (Eigentumsgarantie)	83
2.	Art. 12 GG (Berufsfreiheit)	84
3.	Art. 13 Abs. 1 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung).....	86
4.	Art. 11 GG (Freizügigkeit).....	88
5.	Art. 6 Abs. 1 GG (Ehe und Familie)	92

a)	Ehe	92
b)	Familie	93
c)	Zusammenfassung	93
6.	Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG (Elternrecht)	94
7.	Zwischenergebnis zu den Grundrechtsbeeinträchtigungen aufgrund einer Wohnungsverweisung	95
VI.	Gesetzgebungscompetenz (der Länder)	96
1.	Art. 73 Nr. 3 Var. 1 GG (Freizügigkeit)	97
2.	Art. 70 GG (Recht der Gefahrenabwehr)	98
3.	Zusammenfassende Stellungnahme und Konsequenzen	100
VII.	Anforderungen an die Spezialermächtigung zur Wohnungsverweisung und Vergleich der landesrechtlichen Regelungen	101
1.	Schutz privater Rechte versus Subsidiarität des Polizeirechts	101
2.	Richtervorbehalt	102
3.	Der Gefahrentatbestand der Standardbefugnis Wohnungsverweisung	103
a)	Qualifizierte Anforderungen an die Schutzgüter	103
aa)	Die Anforderungen an die Schutzgüter nach Art. 11 Abs. 2 GG	105
bb)	Die Anforderungen an die Schutzgüter nach Art. 12 und 14 GG	108
cc)	Die Anforderungen an die Schutzgüter nach Art. 6 Abs. 1 GG	109
dd)	Die Anforderungen an die Schutzgüter nach Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	109
ee)	Zwischenergebnis	110
b)	Qualifizierte Anforderungen an die Schutzbereinträchtigung	111
aa)	Qualifizierte Gefahrbegriffe: Nähe und Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	112
bb)	Qualifizierter Gefahrbegriff und Kriminalvorbehalt	113
cc)	Gefahrenprognose	115
dd)	Aufklärungspflichten	118
c)	Selbstgefährdung versus staatliche Schutzwpflichten	118
d)	Störereigenschaft und Verantwortlichkeit	122
e)	Zwischenergebnis	123
4.	Rechtsfolgenseite der Standardbefugnis Wohnungsverweisung	124
a)	Ermessensausübung und Übermaßverbot	124
b)	Entschließungs- und Auswahlermessungen (bei Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot)	124
c)	Störerauswahl	125
d)	Räumlicher Geltungsbereich: Wohnung und unmittelbare Umgebung	126
e)	Teilweise Zutrittsrechte bei auch beruflich genutzter Wohnung	127

f)	Befristung und Verlängerung des Rückkehrverbots	128
g)	Vorzeitige Aufhebung eines Rückkehr- bzw. Betretungsverbotes	131
h)	Gegenstände des täglichen Bedarfs	132
i)	Unfreiwillige Obdachlosigkeit	133
j)	Hinweise auf Beratung an die gefährdete Person und den Störer	133
k)	Angabe einer Anschrift oder einer zustellungsbevollmächtigten Person durch den Störer.....	134
VIII.	Ergänzende Maßnahmen wie Näherungs- und Kontaktverbot sowie Vollstreckung von Verweisungsmaßnahmen.....	135
1.	Ergänzende Maßnahmen.....	135
2.	Vollstreckung von Wohnungsverweis und Rückkehrverbot.....	137
B.	Zusammenfassung: Präventives polizeiliches Handeln im Kontext häuslicher Gewalt.....	139
4.	Teil: Thesen.....	141
	Literaturverzeichnis.....	143
	Anhang: Die Befugnisnormen zu Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot in den Landespolizeigesetzen – Stand: Dezember 2013	159